



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Ostwestfalens Leistungsentfaltung und Wiederbegründung seiner Universität in Paderborn

Hamann, Heinz

[Paderborn], 1965

Grundlagen und Gliederungen großer politischer Zielsetzungen

urn:nbn:de:hbz:466:1-8148

Um Grundlagen und Gliederungen hochschulpolitischer Zielsetzungen.

geht seit Jahrzehnten das Ringen. Für die Bewältigung der Zukunftsaufgaben dürfte nichts vorranglicher und wichtiger sein, als eine Bildungsausrichtung, welche den Absolventen eines Studiums nicht nur den fachbezogenen Wissensstoff vermittelt, sondern auch zugleich den Blick öffnet und weitet für die Grundsatzfragen der Umwelt des zukünftigen Wirkungsbereiches.

Mit der Heraushebung des Begriffes der formierten Gesellschaft ist eine nicht zu übersehende Akzentuierung gesellschaftswissenschaftlicher Aufgaben erfolgt.

Sie bedingen im Grundsätzlichen eine Aktivierung in den Bezirken der Bildungs- und Kulturpolitik. Es geht um das Fundament für einen Entwicklungsvorgang von grundlegender Bedeutung. Die großen Gemeinschaftsaufgaben einer neuen Gesellschaftswendung dürfen an den Klippen der Uniformierung und Deformierung keinen Schaden nehmen, welche in der Auseinandersetzung unserer auf christlicher Grundkonzeption basierenden und konstruktiven Gestaltung sowie Lenkung der Produktionsfaktoren mit den vom Atheismus geprägten destruktiven Kräften und Bestrebungen auftreten.

Theimer konnte in seiner Untersuchung der politischen Ideengeschichte ⁹⁾ vor 10 Jahren noch zutreffend feststellen, daß in der Fortentwicklung der politischen Ideen eine Pause eingetreten sei. Inzwischen ist die Pause beendet. Von verschiedenen Seiten her sind auch in der Front des freien Westens neue kraftvolle Impulse zu verspüren. In den Reihen der Führungskräfte der christlichen Kirchen und unter den christlichen Politikern werden neue Ideen erörtert, die sichtbar machen, daß neue Ufer angesteuert werden. Mag auch in Gegenwartsfragen und Einzelproblemen noch vieles an Gegensätzlichem zwischen De Gaulle und Ludwig Erhard zu überwinden sein, so tendieren gleichwohl beide Repräsentanten christlich-abendländischer Grundauffassung letztlich mit ihren Konzeptionen insofern in eine Richtung, als sie wirtschafts- und gesellschaftspolitisch um ein Europa der Freien und Gleichen ringen. Wie der Verlauf des großen Konzils in Rom und die Verleihung des Kardinalpurpurs an den Paderborner Erzbischof erkennen lassen, wird die Frage der Wiederherstellung einer Einheitsfront der Christen an höchster Stelle sehr ernst genommen.

9) Theimer, W.: Geschichte der politischen Ideen, 1955, Seite 7

Das Europaproblem erfordert nicht nur auf höchster politischer Ebene sondern auch auf allen anderen Bereichsebenen ein Höchstmaß an Wissen und Willen aller geistigen, gestaltenden und führenden Kräfte. Daraus folgt, daß schon während des Studiums eine Hinwendung der Studierenden zu den Randgebieten unerlässlich ist. Die Grenzziehung der Pflichtfächer kann daher an den Fakultätsgrenzen im alten Sinne nicht halt machen. Und die Hohen Schulen werden in ihrer Anpassung an ihre gesamtpolitische Aufgabe dem Faktor R a u m künftighin eine seiner zentralen Bedeutung gemäßige Einordnung in die Lehr- und Bildungspläne zugestehen müssen.

Für die Studienplanung folgt daraus, daß Theologen wie Pädagogen, Mediziner wie Richter und Diplomaten wie Verwaltungsbeamte und Volkswirtschaftler anzuhalten sein werden, die raumpolitischen ökonomischen und soziologischen Probleme in sich aufzunehmen, zu verarbeiten und so ein Fundament zu gewinnen, auf dem sie späterhin ihren Mann gegenüber allen Anfeindungen stehen können. Zweifelsfrei bedeutet die Erweiterung des Grundstudiums um die "Raumfrage" die Vermehrung der Anforderungen, die an die Studierenden und ihre Konzentrationsfähigkeit zu stellen sind. Das aber kann kein Nachteil sein. Wir geben nur der Wahrheit die Ehre, wenn wir konstatieren, daß die Zukunftsaufgaben nichts mehr erfordern als die Heranbildung einer jungen Generation von Format, die über Leistungsfähigkeit und Arbeitsenergie verfügt, um mit der Konkurrenz in den außereuropäischen Erschließungsräumen die fällige Auseinandersetzung zu Gunsten unserer Grundauffassung bestehen zu können.

Wenn aus gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Gründen die Anforderungen zu erhöhen sind, so muß andererseits befürwortet werden, daß die staatliche Unterstützung während des Studiums auf eine realistischere Basis gestellt wird. Es kann der Sache wirklich nicht dienen, wenn amtlicherseits so getan und verfahren wird, als ob die normalen Gehälter der Akademiker im Staatsdienst völlig ausreichen, um ein Studium von Kindern aus solchen Ehen völlig zu finanzieren. Ohne in diesem Zusammenhang irgendwie zur lohnpolitischen Polemik einen Beitrag leisten zu wollen, dürfen wir festhalten, daß im Zuge der seit Jahrzehnten zu verzeichnenden Nivellierung der Arbeitnehmer-einkommen die Grenzen, von der ab Studienfinanzierungen aus öffentlichen Mitteln gewährt werden, allmählich auf einen allzu tiefen Stand abgesunken sind. Wenn der Staat aus ökonomischen Gründen seine Bediensteten bescheiden besoldet, kann er nicht von der moralischen Verpflichtung freigestellt werden, die Finanzierung der Ausbildung von

Nachwuchskräften sehr viel weitgehender zukünftig zu übernehmen, als es bisher üblich ist.

Allerdings ist aus arbeits- und bildungsökonomischen Gründen die Auffassung gerechtfertigt, daß nicht die Lohntüte des Vaters, sondern die Befähigung und immer wieder unter Beweis zu stellende Arbeitsenergie eines Stipendienbewerbers ausschlaggebend sein sollten, wenn es sich um die Frage der Finanzierung an sich und um die Höhe von Beihilfen oder Studienkrediten handelt. Es ist daher nur eine logische Folge einer realistischen Beurteilung der bildungspolitischen Grundsatzzfragen, wenn die Anregung unterbreitet wird, bildungsökonomisch auch bei der Behandlung wichtiger hochschulpolitischer Interna zu verfahren.

Unter den hier bevorzugt zu erwähnenden Fragen seien genannt:

1. Absolvierung von 3 Studiensemestern innerhalb eines Jahres,
2. Verbindliche Zwischenprüfung nach dem 3. Semester, deren Ausfall endgültig über Abbruch oder Fortführung des Studiums in der betreffenden Fachrichtung entscheidet. Solche eine Fachauslese erscheint geeignet, die Studienplätze für wirklich aussichtsreiche Bewerber verfügbar zu halten.
3. Zur Vermeidung der Überlastung der Ordinarien sind in einer so angemessenen Zahl ausreichend dotierte Planstellen für Dozenten und Assistenten vorzusehen, daß die Hörerzahl in den Vorlesungen und die Teilnehmerzahl in den Seminaren und Arbeitsgemeinschaften so klein gehalten werden kann, wie es erforderlich ist, um den Seminarleitern die Möglichkeit zu geben, die Teilnehmer im Bezug auf ihre fachliche Qualifikation beurteilen zu können.
4. Forscherpersönlichkeiten, die ausschließlich der Forschung dienen wollen, mögen von Vorlesungsverpflichtungen soweit entlastet werden, wie es ihren persönlichen Wünschen entspricht.
5. Bei aller unvermeidlichen Aufteilung der Disziplinen in Abteilungen, Fachgruppen usw. kommt es entscheidend darauf an, derartige Abgrenzungen nur als "Verwaltungsgrenzen" zu behandeln, um das Zusammenwirken von Forschergruppen in jeder Weise zu fördern.

Insgesamt kommt es bildungsökonomisch darauf an, wenn von einer Universität neuen Typs zu sprechen ist, den Gedanken der

Schaffung einer Leistungs-Universität

mehr in den Vordergrund zu stellen. Die Bezahlung nach Leistung, welche in gehobenen Positionen der gewerblichen Wirtschaft ein allgemein übliches Verfahren ist, läßt die Auffassung vertreten, daß die Leistungsfrage auch bildungspolitisch Bedeutung hat.

In diesem Zusammenhang kann ein Problem nicht unerwähnt bleiben. Die allgemeine Entwicklung, welche zur wachsenden Einsparung von Menschen dort zwingt, wo Maschinen unter Kosteneinsparung einzusetzen sind, geht auch am Staats- und Kommunalverwaltungsapparat nicht vorüber.

Das aus England importierte "Doppelkopfsystem" prägt unserer Verwaltung seit nahezu 20 Jahren seinen Stempel auf. Neben dem Oberbürgermeister fungiert der Oberstadtdirektor, neben dem Landrat der Oberkreisdirektor, neben dem Amtsbürgermeister der Amts- und Gemeindedirektor. D.h., der Politiker wird durch den Verwaltungsbeamten ergänzt, oder es soll auch vorkommen, daß der gute Politiker gegebenenfalls die Zügel einer Verwaltung zu straffen vermag, wenn er neben sich einen weniger aktiven Beamten zur Verfügung hat. Aus dieser Verwaltungsgliederung resultiert ein recht gutes Wissen um Zusammenhänge und Menschen bei den im öffentlichen Leben herausgestellten Politikern. Weil also auch die Landtagsabgeordneten sich in ihren Wahlkreisen nicht nur auskennen, sondern auch die Menschen kennen, wäre es erwünscht, daß sich das Kultusministerium dieser Kenntnis der Parlamentarier aus bildungsökonomischen Gründen bei der Wiederbegründung der Ostwestfalen-Universität bedienen würde. Sicherlich könnte ein wirkungsvolles, dem Raum und der Sache der Forschung dienendes Ergebnis erwartet werden, wenn die jeweils räumlich zuständigen Abgeordneten und Landräte bei einschlägigen Forschungsfragen gehört und darüberhinaus gebeten würden, ihrerseits Umschau zu halten, ob und inwieweit in ihren Wahlbezirken möglicherweise Persönlichkeiten von Format aber mit weniger Öffentlichkeitsdrang als Wissen um den Raum und seine Probleme vorhanden sind, die ausbildungsmäßig in der Lage sind, einen Forschungsplatz oder Lehrstuhl auszufüllen.

Arbeitsteilung, das ist ein Begriff, der bisher vorwiegend in der gewerblichen Wirtschaft gebräuchlich aber hochschulpolitisch nicht gerade häufig zu finden ist. Gleichwohl lassen es bildungsökonomische Erwägungen erwünscht erscheinen, auch eine gewisse Arbeitsteilung zwischen den 7 Hohen Schulen des Landes und der zu begründenden Ostwestfalen-Universität vorzusehen. Z.B. ist zu erwarten, daß an der Technischen Universität in Dortmund unter anderem auch eine Konzentration von mathematischen und naturwissenschaftlichen Disziplinen vorgenommen wird. Ebenfalls besteht begründeter Anlaß zu der Vermutung, daß die Ruhruniversität in Bochum eine vielseitige Ergänzung der Dortmunder Technischen Universität erreicht. Aus dieser Situation muß für die Ostwestfalen-Universität durchaus keine Resignation hinsichtlich der Ausstattung folgen. Vielmehr liegt es nahe, die O s t w e s t f a l e n - U n i v e r s i t ä t auf jene Fragen auszurichten, die bislang im deutschen Hochschulwesen weniger Beachtung gefunden haben, weil die entsprechenden räumlichen Voraussetzungen vom betreffenden Standort her nicht so gelagert waren.